

Erklärung der **MLPD** Duisburg-Niederrhein zur Privatisierung des Klinikums Duisburg

Der Rat der Stadt wird am 26.4. über einen Anteilsverkauf von 49% des Klinikums entscheiden. Entsprechend der Ratsvorlage soll die Klinik an Sana verkauft werden. Weitere Bewerber waren Asklepios und Ameos aus der Schweiz. Alle 3 Krankenhauskonzerne sind börsennotiert, mit internationalem Kapital ausgestattet.

Asklepios hat in Hamburg z.B. den gesamten Landesbetrieb Krankenhäuser der Stadt, bzw. Bundesland (Freie Hansestadt) übernommen. Dagegen hatte es ein erfolgreiches Bürgerbegehren und einen Bürgerentscheid gegeben - mit überwältigender Mehrheit gegen die Privatisierung. Dieser Entscheid wurde vom Landesverfassungsgericht Hamburg wieder einkassiert und noch am selben Tag beschloss der Senat den Verkauf. Eine Ohrfeige für die Bürger!

Es zeigt allerdings auch die Begrenztheit des Bürgerbegehrens bzw. wer hier im Staate das Sagen hat.

In Krefeld hat verdi ein Bürgerbegehren zum Erhalt der Kliniken in öffentlicher Hand eingeleitet. Im letzten Herbst leisteten 700 Beschäftigte des Klinikums Duisburg mit ihrer Unterschrift ein deutliches Votum gegen die Privatisierung. Wieso soll es also in Duisburg nicht richtig sein, was in Krefeld möglich ist? **Die Duisburger fordern mit Recht, bei solchen wichtigen Entscheidungen, wie dem anteiligen Verkauf des Klinikums, mitreden zu können.**

Ein Bürgerentscheid ist ein geeignetes Mittel, die Ablehnung der Bevölkerung deutlich zu machen. Die MLPD würde dies auf jeden Fall unterstützen. Entscheidend wird allerdings ein gemeinsamer, aktiver Widerstand von Patienten, Beschäftigten und Bevölkerung sein. Vom Grundsatz her betreiben die Monopolparteien SPD und CDU in

der Regierung zusammen die Privatisierung des Gesundheitswesens im großen Stil. Damit setzen sie eilfertig die Beschlüsse der Welthandelsorganisation um, welche den Ausverkauf staatlicher und kommunaler Dienstleistungen an international operierende Konzerne vorsieht.

Viele Menschen in und um Duisburg wissen aus eigener Erfahrung, dass sich die Zustände im Klinikum für Patienten, Angehörige und nicht zuletzt für das Pflegepersonal erheblich verschlechtert haben.

Vor 6 Jahren wurden die Städtischen Kliniken, gegen den Protest des damaligen Betriebsrates und gewerkschaftlichen Vertrauenskörpers, in eine „gGmbH“ umgewandelt und somit die Privatisierung eingeleitet. Seitdem wurden Bereiche ausgegliedert und durch stetige Umstrukturierungen im Haus Kollektive auseinander gerissen, die Bettenbelegungen (Fallzahlen) stiegen von 13.000 im Jahr 2001 auf

21.000 in 2005 (geplant 24.000 bis Ende 2007). Trotz der massiven Steigerung der Arbeitsproduktivität wurde das Personal stetig reduziert.

“Schlimmer kann es gar nicht kommen, ob privatisiert, kooperiert, in städtischer Hand oder wie auch immer”, sagen einige Kolleginnen und Kollegen. Die Fakten bei Sana sprechen eine andere Sprache: Outsourcing in großem Stil; damit ausgegliederte Kollegen werden z.T. als Leiharbeiter zurückgeholt, für sie gelten nicht die Tarifbestimmungen der jeweiligen Klinik, sondern die Bedingungen für Leiharbeiter/innen mit dem geringen Stundenlohn von 7,12 Euro bzw. 8,50 Euro, in der Regel ohne sonstige Zuschläge.

Allerdings ist die Orientierung auf *”Hauptsache in öffentlicher Hand verbleiben”*, wie es manche Ver.di Funktionäre vertreten eine Sackgasse. Es verschleiern die Ausbeutung in staatlichen Betrieben: die tägliche Arbeitshetze, die Überstunden-schinderei, die teilweise gefährliche Pflege der Patienten im Klinikum. Die scheinheilige Kritik der Duisburger SPD, an der Ratsvorlage, dass der Kaufpreis zu niedrig sei, ändert nichts daran, dass sie die Privatisierung auf den Weg gebracht hat.

Grundsätzlich haben wir Beschäftigten im Kapitalismus allerdings nicht die Macht zu bestimmen, ob fusioniert, kooperiert oder rationalisiert wird. Wir können durch unseren Kampf jedoch darauf Einfluss nehmen, zu welchen Bedingungen und auf wessen Kosten dies geschieht. Dazu müssen wir selbstbewusst eigene Forderungen aufstellen.

Ob in öffentlicher Hand oder privatisiert: die Interessen von Patienten, der Angehörigen, der Arbeiter und Angestellten müssen im Kampf verteidigt werden.

15-Punkte-Programm für eine politische Alternative zur CDU/CSU/SPD-Regierung



Ein Vorschlag der MLPD

Die MLPD schlägt dazu vor:

- Gegen zunehmende Arbeitshetze und Überlastung! Für die unbefristete Übernahme aller Azubis entsprechend ihrer Ausbildung!
- Für die Schaffung neuer Arbeitsplätze: 30 Stunden Woche bei vollem Lohnausgleich!
- Erhalt aller bestehenden Tarifverträge!
- Das letzte Jahr zeigt: Wir brauchen das Recht auf freie gewerkschaftliche und politische Be-

tätigung im Betrieb und ein vollständiges und allseitiges gesetzliches Streikrecht!

- Nein zum Ausverkauf städtischen Eigentums zugunsten der Profitinteressen der Gesundheits- und Pharmakonzerne! Ein menschenwürdiges Gesundheitswesen ist bezahlbar: vollständige Bezahlung der Sozialversicherungsbeiträge durch die Unternehmer durch eine 6.3%-prozentige Umsatzsteuer!
- Die konsequenteste Alternative

gegen die "Gesundheitsreform" ist der Kampf für eine sozialistische Gesellschaft, die -befreit vom Profitdenken- weltweit die Errungenschaften der modernen Medizin den Menschen zur Verfügung stellt. Im Sozialismus, wenn der Mensch im Mittelpunkt steht, wird die Sorge um die Gesundheit als ein hohes gesellschaftliches Gut gepflegt.

Deshalb lohnt es sich, in der MLPD aktiv zu werden!

Politische Kündigungen sind vom Tisch!

Wegen ihrer aktiven Teilnahme am Verdi-Solidaritätsstreik gegen die Arbeitszeitverlängerung im März 2006, kündigte Geschäftsführer Isenberg 6 Vertrauensleute des Klinikums. Damit wollte er ein Exempel statuieren. Das mag den Krankenhauskonzernen gefallen: Erwerb einer Klinik mit sogenannten schwarzen Zahlen und gratis eine handzahme Belegschaft, eingeschüchtert und ohne gewerkschaftliche Aktivitäten. Dem wurde einen Strich durch die Rechnung gemacht!

Durch die aktive Arbeit des Solidaritätskreises "5+1 gewinnt", von Ver.di und vielen Anderen entwickelte sich eine einmalige bundesweite Solidaritätsbewegung

gegen diese Kündigungen und mit 15.000 Unterschriften bekundeten nicht nur die Duisburger ihre Sympathie, Unterstützung und ihr Mitspracherecht für die Wiedereinstellung der Kollegen.

Mit Erfolg: nach 1 Jahr sind alle 6 Kollegen wieder an ihrem Arbeitsplatz!

Also: nur wer kämpft kann gewinnen!

Die Duisburger SPD singt jetzt ein Loblied auf Geschäftsführer Isenberg, der die Klinik Privatisierungsreif gemacht hat.

Diese Geschäftsführung muss weg!

1. Mai 2007, internationaler Kampftag der Arbeiterklasse

Demonstration in Duisburg: Amtsgericht Duisburg
Hamborn 11:00 Uhr, anschließend Familienfest im Landschaftspark Nord.

MLPD - die Zukunftspartei!

Ich möchte:

- Mitglied werden in der MLPD
- Mitglied werden im Jugendverband REBELL
- ein persönliches Gespräch
- die Streikrechtsbroschüre (Spendenpreis)
- das Parteiprogramm der MLPD (2 €)
- Dauerspender der MLPD werden
- Informationsmaterial zugeschickt bekommen

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Bitte persönlich bei den Verteilern abgeben oder an die Kontaktadresse wenden (Angaben werden vertraulich behandelt)

Herzliche Einladung zur

Maifeier der MLPD

Wann: 01. Mai.07 Einlass: 17.30 Beginn: 18.00

Wo: „Ratskeller, Kulturiges“, Duisburgerstraße 213,
Duisburg Hamborn

Programm: Kultur, Musik, Ansprache und vieles mehr
... Für das leibliche Wohl ist gesorgt.

Eintrittspreise:

- Vollverdiener: 3,- €
- Ermäßigt (Arbeitslose, Schüler, Azubis, Studenten): 1,50,- €

Kontakt und V.i.S.d.P.:
Genja Scheller,
Elisabethstr. 4,
47226 Duisburg,
duisburg@mlpd.de
Tel.:02065/58123